

CDU Stadtratsfraktion • Meerbuscher Str. 10 • 40670 Meerbusch

An den Vorsitzenden des Planungs- und Liegenschaftsausschusses der Stadt Meerbusch Herrn Werner Damblon Neusser Feldweg 4

40670 Meerbusch

Meerbusch, 13. Mai 2019

## Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 6. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Damblon,

im Namen der CDU – Fraktion bitten wir Sie, den folgenden Antrag in der Sitzung am 6. Juni 2019 beraten und beschließen zu lassen:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften bildet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Ausschuss-Vorsitzenden und jeweils einem Vertreter jeder Fraktion. Dieser Arbeitsgruppe werden alle Anfragen nach §34 BauGB, die bei der Verwaltung eingegangen sind, vorgelegt. Die Arbeitsgruppe tagt monatlich. Für den Fall, dass die Arbeitsgruppe eine 34er-Anfrage dem Ausschuss zur Abstimmung vorlegen will, wird dies jeweils veranlasst, alle anderen Anfragen werden als Geschäft der laufenden Verwaltung behandelt.

Anfragen nach §34 BauGB, die als "unerheblich" zu kennzeichnen sind, werden nicht in der Arbeitsgruppe beraten, sondern weiterhin als einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung von der Verwaltung selber entschieden.

## Dazu gehören:

- Dachausbauten
- Nebengebäude
- Garagen

## Begründung:

In der Vergangenheit ist es zu Baugenehmigungen nach §34 BauGB gekommen, die aus Sicht der Politik nicht den angestrebten städtebaulichen Zielen entsprachen. Um das zu ändern, wurden zunehmend solche Anfragen von der Verwaltung im Ausschuss vorgestellt. Dies mit dem Ziel, eine Meinung aus den Fraktionen zu erfahren.

Es gab allerdings oft das Problem, dass ohne Vorbereitung und notfalls auch Einbeziehung der Fraktionen die Ausschussmitglieder nicht aus "dem Stehgreif" und "auf die Schnelle" entscheiden konnten.

In der Arbeitsgruppe besteht nun die Möglichkeit, die Anfragen in Ruhe zu begutachten und dann vor einer Entscheidung im Ausschuss auch die Fraktionen mit einzubeziehen. Der häufigere Tagungs-Rhythmus wird dies ermöglichen ohne dass es in der Verwaltung zu einer Fristen-Problematik führt.

Renate Kox

Hans-Werner Schoenauer